

Schriftliche Anfrage betreffend Folgen der Motion Bothe «betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre» für Schülerinnen und Schüler und für die Staatsfinanzen

24.5335.01

Ende 2022 hat der Grosse Rat gegen den Widerstand der Regierung und auch der LDP-Fraktion die Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre (22.5035) überwiesen.

Als Folge davon wurden alle Übertritte in die Gymnasien und an die FMS in den Schuljahren 2022/23 und 2023/24 definitiv erklärt, auch wenn die Schülerin oder der Schüler wegen der schulischen Leistungen eigentlich nur eine provisorische Zugangsberechtigung erhalten hätte. Der Regierungsrat führte in seinem die Motion ablehnenden Bericht vom 15. Juni 2022 aus, es sei nicht sinnvoll, «wenn Schülerinnen und Schüler länger eine Schule besuchen, in der sie langfristig überfordert sind. Sie verlieren sonst wichtige Jahre, in denen sie sich nicht mit einer alternativen Schul- oder Berufswahl auseinandersetzen.»

Genau dieses Szenario, welches der Regierungsrat damals mahnend geschildert hatte, könnte jetzt eingetreten sein.

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler wurden in den Schuljahren 2022/23 und 2023/24 definitiv statt provisorisch in die Gymnasien und in die FMS aufgenommen?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler, die definitiv statt provisorisch aufgenommen wurden, mussten eine Klasse wiederholen?
 - a. Gibt es dadurch eine Zunahme an Repetentinnen und Repetenten an den Gymnasien?
 - b. Gibt es dadurch eine Zunahme an Repetentinnen und Repetenten an der FMS?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler, die definitiv statt provisorisch aufgenommen wurden, sind mittlerweile aus der jeweiligen Schule ausgeschieden?
 - a. Gibt es dadurch eine Zunahme an Personen, die aus dem Gymnasium ausgeschieden sind und an die FMS wechselten?
 - b. Gibt es dadurch eine Zunahme an Personen, die aus der FMS ausgeschieden sind?
4. Wie hoch sind die Kosten für die zusätzlichen Schuljahre der Schülerinnen und Schüler, die aus dem Gymnasium oder der FMS ausgeschieden sind, pro Schülerin bzw. Schüler und insgesamt?
5. Entstand durch die Motion Bothe ein administrativer Mehraufwand bei den betroffenen Schulen?
6. Erhielten die betroffenen Schulen dafür Unterstützung vom Erziehungsdepartement?
7. Wie wird sichergestellt, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler bei der Suche nach einer Anschlusslösung angemessen unterstützt werden?

Annina von Falkenstein